

Resolutionsantrag betreffend Senkung der Lohnnebenkosten

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 5. September 2024 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Neubau spricht sich für eine Senkung der Lohnnebenkosten aus, um die Beschäftigung im Bezirk zu erhöhen und den Bezirksbewohnerinnen und -bewohnern 10 % mehr Netto vom Brutto zu ermöglichen.

Begründung:

Der Faktor Arbeit wird in Österreich so hoch belastet wie in kaum einem anderen Land. Auch Betriebe am Neubau leiden darunter, dass ihre Mitarbeiter:innen zu viel kosten und zu wenig verdienen, und können es sich deshalb kaum mehr leisten, Mitarbeiter:innen anzustellen. Das führt auch in den Neubauer Straßen zunehmend zu Leerstand und zu höherer Arbeitslosigkeit im Bezirk. Eine Studie der EcoAustria¹ zeigt, dass eine Senkung der Lohnnebenkosten in einem Volumen von 7,5 Millionen Euro zu einer Mehrbeschäftigung von 1 % führen würde.

Gleichzeitig leidet die arbeitende Bevölkerung unter den Auswirkungen der Inflationskrise. Viele kommen mit ihrem Gehalt kaum über die Runden, geschweige denn haben sie noch die Möglichkeit, sich aus eigener Kraft Eigentum aufzubauen.

Diese dringend notwendige Entlastung der Menschen und der Betriebe wäre möglich, ohne die Versicherungsleistungen der Arbeitnehmer:innen anzutasten, indem zum Beispiel die Kammerumlage II gestrichen und die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds, die Kommunalsteuer oder die Wohnbauförderung aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert werden.

¹<https://ecoaustria.ac.at/lohnnebenkostensenkung/>

Wien, am 29. August 2024